

***Publikation auf der Webseite der Andrassy Universität Budapest  
(<http://www.andrassyuni.eu/forschung/publikationen/publikationen-der-andrassy-europa-stipendiaten>) im Rahmen des Forschungsprojekts ‚Drogenlegalisierung in Ungarn – Risiken und Nebenwirkungen‘  
verfasst von Monika Hack***

*„Die Forschung wurde im Rahmen des Prioritätsprojekts TÁMOP 4.2.4 A/1-11-1-2012-0001  
“Nationales Exzellenzprogramm – Landesprogramm zum Aufbau und Betrieb eines Systems  
zur Förderung von Studierenden und Forschern“ verwirklicht. Das Projekt wird durch die  
Förderung der Europäischen Union und Ungarns und die Kofinanzierung durch den  
Europäischen Sozialfonds verwirklicht.“*

## **Drogenpolitik – wo es richtig oder falsch nicht gibt**

*„Die Strafen gegen den Besitz einer  
Droge sollten beim Einzelnen nicht mehr  
Schaden anrichten als der Konsum der  
Droge selbst.“*

(Jimmy Carter, 39. Präsident der USA)

Im Jahre 1908 wurde in Island per Volksabstimmung ein totaler Alkoholverzicht verordnet. Bis 1934 konnte Alkohol daher nur illegal eingeschmuggelt werden, danach schränkte ein Parlamentsbeschluss das totale Alkoholverbot wieder ein. Wein und Schnaps waren fortan wieder legal zu haben, nur Bier blieb noch weitere 55 Jahre verboten. Erst im Jahre 1989, nach 74 Jahren des Verbots, wurde diese Einschränkung auch aufgehoben. Trotz der Legalisierung blieb es auf Island friedlich und die Polizei meldete keine relevanten Zwischenfälle.

Am Anfang des 20. Jahrhunderts stand weltweit aber nicht nur das Alkoholproblem im Blickfeld. Auf sogenannten Opiumkonferenzen wurden zwischen 1909 und 1925 Opiate, Kokain und Cannabisprodukte geächtet. Dank dieser Konferenzen kann man seit 1925 von

einer polizeilichen Bekämpfung des Drogenmissbrauchs in Europa und Nordamerika sprechen.

In den 1960er und 1970er Jahren eskalierte die Drogenproblematik weltweit. Sie breitete sich in den 1980er Jahren bis in die dritte Welt und Osteuropa aus.

Der Anspruch auf Drogen lässt sich kaum bestreiten. Weltweit rauchen heute mehrere hundert Millionen Menschen Marihuana oder Haschisch. Dieses Millionenheer wird Jahr für Jahr mit zehntausenden Tonnen Cannabisprodukten professionell versorgt. Tatsächlich kontrollieren verschiedene Gruppen des organisierten Verbrechens von Lateinamerika bis Asien weltweit höchst professionell die Handelskette vom Anbau bis zum Endverkauf. Dieses illegale, mehrere hundert Milliarden Dollar schwere Business ist schwierig nachzuvollziehen und zu verfolgen und hat zusätzlich ein hohes Gewalt- und Korruptionspotential. Doch trotz der Intensivierung des polizeilichen Abwehrkampfes: angefangen von internationalen Verbindungsbeamten über den Einsatz verdeckter Ermittler bis hin zur Kronzeugenregelung und der Abschöpfung illegaler Vermögenswerte sehen sich die in diesen Krieg verstrickten Länder in ihrer exponierten Situation „im Kampf gegen das Rauschgift zurückgeworfen.“

Wird die Legalisierung daher zur unvermeidbaren Notwendigkeit? Vier entscheidende Faktoren sind dafür verantwortlich: an erster Stelle die Globalisierung, zweitens die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise mit ihren langfristigen Folgen, drittens der ethische Wandel in breiten Teilen der Gesellschaft und letztlich das unbestreitbare Versagen der jahrzehntelangen erfolglosen Prohibitionspolitik.

Die Drogenpolitik lässt sich in drei grundlegenden Ansätze unterscheiden: der *liberale Ansatz* ist charakterisiert durch den Wegfall bzw. die Reduzierung von Drogenverboten, den fehlenden staatlichen Eingriff und die Ablehnung von opferlosen Delikten.

Der *kriminalpolitische Ansatz* hält dagegen an der Prohibition fest. Kontrollen und Strafverfolgung werden ausgebaut und die freie Verfügbarkeit von Drogen ist nicht erlaubt.

Der dritte Ansatz ist der *soziale Ansatz*. Dieser stützt sich auf therapeutisch-pädagogische Maßnahmen in der Betreuung der Abhängigen, die als Patienten verstanden werden. Durch Prävention soll die Entstehung der Nachfrage verhindert werden.

Eine rationale Drogenpolitik muss mindestens zwei Voraussetzungen erfüllen: zum einen muss sie in ihrer Gesamtheit möglichst plausibel sein und zweitens alle negativen und

problematischen Aspekte zu vermeiden suchen. Neben repressiven Interventionen ist die große Sicherheit für die Konsumenten ebenso wichtig.

Eine Einigung der verschiedenen Richtungen war und ist weiterhin nicht in Sicht. Die Ambivalenz in den unterschiedlichen Ansichten und den daraus folgenden Handlungsempfehlungen findet ihren Ausdruck unter anderem darin, dass in den Ländern weltweit, je nach vorherrschender Grundtendenz, die Drogenpolitik verschiedenen Politikressorts untergeordnet ist.

In keiner der heutigen drogenpolitischen Konzeptionen sind die Ansätze in Reinform zu finden. In Europa herrscht grundsätzlich eine Mischform vor. Fraglich bleibt, ob der goldene Mittelweg in dieser Situation zu einem erfolgreichen Ergebnis und zu Zufriedenheit führt.